



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 19.02.2008

AN/0382/2008

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	04.03.2008

Beitritt der Stadt Köln zum Bündnis "Städte gegen Islamisierung"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Köln am 4. März 2008 aufzunehmen:

Der Rat beschließt den Beitritt der Stadt Köln zum Bündnis „Städte gegen Islamisierung“, bestehend zunächst aus den Städten Köln, Wien und Antwerpen.

Begründung:

Europäische Patrioten haben in Antwerpen eine enge politische Kooperation im Kampf gegen die Islamisierung der europäischen Großstädte beschlossen. Nächster Höhepunkt der europaweiten Aktivitäten dieses Städtebündnisses wird ein „Anti-Islamisierung-Kongreß“ im Herbst 2008 in Köln sein. Sprecher des Städtebündnisses sind der Vorsitzende der Bürgerbewegung pro Köln, Markus Beisicht, der Vorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), HC Strache, sowie der Antwerpener Fraktionsvorsitzende des Vlaams Belang, Filip Dewinter. Mit dem obenstehenden Beschluß soll dieses von unten ins Leben gerufene Städtebündnis zunächst durch den Kölner Rat, dem sodann das Land Wien und die Stadt Antwerpen mit analogen Beschlüssen folgen, auf die institutionelle Ebene gehoben werden.

Die Städte bekennen sich zu folgender Charta:

Feststellungen

„Städte gegen Islamisierung“ stellt fest, dass die westliche Welt im Allgemeinen und Europa im besonderen seit der Renaissance die religiösen Dogmen abgeworfen hat und die Normen, die daraus hervorgingen, zugunsten einer Zahl Normen und Rechtssätze, die auf einer Vielzahl von Quellen gegründet sind, ersetzt hat. Beispiele sind: das klassische

Altertum, die jüdisch-christliche Werte, der Humanismus, die Ideen der Aufklärung, der Nationalismus, der Liberalismus usw.

Infolge dieser Evolution wird unsere Zivilisation jetzt vom Respekt für die grundsätzlichen Rechte und Freiheiten gekennzeichnet und ist diese Zivilisation gegründet auf Werte wie die Trennung von Kirche und Staat, Demokratie, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Gleichheit von Mann und Frau, usw.

Andererseits werden die westeuropäischen Städte zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch die zu lasche Zuwanderungspolitik unterschiedlicher Behörden in ihrer eigenen Bevölkerung mit erheblichen islamischen Minderheiten konfrontiert. Diese Minderheiten sind keineswegs integriert und konzentrieren sich in immer größer werdenden Gettobezirken.

„Städte gegen Islamisierung“ stellt fest, dass der Islam viel mehr als eine Religion auch eine Gesellschaftsordnung vertritt, die auf der Scharia (die islamische Gesetzgebung, dem Koran und Hadith entsprossen) und der Umma (die islamische Glaubensgemeinschaft) gegründet ist und deshalb nicht zu vereinen ist mit dem Ganzen der Werte und Normen, das unserer europäischen Gesellschaft eigen sind.

„Städte gegen Islamisierung“ stellt auch fest, dass zumindest ein Teil unserer Muslime die islamitischen göttlichen Gesetze den bürgerlichen Gesetzen vorzieht. Unter der Muslimbevölkerung herrscht obendrein ein Hang zur Radikalisierung, der sich äußert in einer zunehmenden Feindlichkeit gegen unsere westliche Zivilisation und die Werte, auf die sie gegründet ist.

Moscheen wirken als Katalysatoren für die Islamisierung der Stadtviertel, weil sie innerhalb der Muslimgemeinschaft als zentrale Autorität die strikte Befolgung des Islams einfordern und so auch eine Hemmung für die Integration der Muslimminderheiten bilden.

Ausgangspunkte

„Städte gegen Islamisierung“ widersetzt sich der multikulturellen Ideologie, die dazu führt, dass die hier ansässigen Muslime in zunehmenden Maße ihre eigene Werte auch in der Öffentlichkeit befolgen können, was de facto zu einer Institutionalisierung dieser Religion führt.

„Städte gegen Islamisierung“ setzt sich zur Wehr gegen die Institutionalisierung des Islams, die Anerkennung von Moscheen, die Subventionierung islamischer Vereine, der Koranschulen und der Moscheen, die Bezuschussung der Imams usw. Die Institutionalisierung des Islams wird ja zur Errichtung einer islamischen Gruppierung führen, die die Integration der Muslimgemeinschaft abbremst.

„Städte gegen Islamisierung“ wehrt sich gegen die Nachgiebigkeit der Politiker dem Islam gegenüber, die zur Folge hat, dass die westlichen Werte und Normen in zunehmenden Maßen zugunsten islamitischer Bräuche, Traditionen und Werte, die nicht mit unserer westlichen Lebensweise vereinbar sind, verdrängt werden.

„Städte gegen Islamisierung“ ist der Meinung, dass die individuelle und freie Religionsausübung bleibend gewährleistet werden soll, auch für den Islam. Die Religionsfreiheit kann und darf jedoch nie ein freies Geleit sein für die Einführung oder die Generalisierung diskriminierender oder antidemokratischer Bräuche und Handlungen.

„Städte gegen Islamisierung“ widerstellt sich denn auch nachdrücklich der Einführung der Scharia als Ersetzung der in Europa geltenden Rechtssätze.

Initiative

Die Islamisierung ist kein örtliches Problem. Es betrifft ja ein Phänomen, dass sich in fast allen westeuropäischen Ländern und Städten ergibt. Die schnelle demographische Zunahme der im Westen wohnhaften islamischen Bevölkerung droht dazu, dass in einigen

Jahrzehnten zahlreiche westeuropäische Städte mit islamitischen Mehrheiten konfrontiert werden.

Die teilnehmenden Organisationen verpflichten sich deswegen dazu, ihre künftigen Initiative im Kampf gegen die Islamisierung aufeinander abzustimmen, gemeinsame Aktionen zu unternehmen und gegenseitig Information auszuwechseln, mit dem Ziel, auf eine koordinierte und besser informierte Weise die Islamisierung der westeuropäischen Städte bekämpfen zu können.

gez. Rouhs